
EKD

Herausgegeben
vom Kirchenamt der
Evangelischen
Kirche in Deutschland
(EKD)
Herrenhäuser Straße 12
30419 Hannover

TEXTTE

89

■
Es ist nicht zu spät
für eine Antwort auf den Klimawandel

Ein Appell
des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland,
Bischof Wolfgang Huber

Dieser Appell ist am 30. Mai 2007 zunächst im Internet veröffentlicht worden und liegt jetzt als Heft 89 in der Reihe EKD-Texte vor.

Es ist nicht zu spät für eine Antwort auf den Klimawandel

Ein Appell
des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland,
Bischof Wolfgang Huber

30. Mai 2007

Inhalt

I. Was steht auf dem Spiel?	5
II. Was können wir wissen?	7
III. In welche Richtung weist das ethische Urteil?	11
IV. Was lehrt uns der Schöpfungsglaube?	13
V. Was können wir tun?	17

I. Was steht auf dem Spiel?

Die Bedingungen des Lebens auf der Erde sind nicht sicher; sie sind vielmehr durch katastrophale Veränderungen bedroht. Das gehört zu den grundlegenden Erfahrungen der Menschheit. Religiöse Überlieferungen haben dem in der Vorstellung von einer großen Flut Ausdruck gegeben, die nahezu alles Leben auf der Erde vernichtet. Die Motive vom „sintflutartigen“ Regen, von der Katastrophe als „Sündflut“ und von der Rettung des Lebens in einer Arche sind bis heute in unserer Sprache verankert. Das gilt auch für den Abschluss der biblischen Sintflut-Erzählung (1. Mose 8,20-22), in dem sich Gott für die Verlässlichkeit der Lebensbedingungen auf der Erde verbürgt und feierlich zusagt, nicht noch einmal eine solche Vernichtung über die Erde kommen zu lassen:

„Ich will hinfort nicht mehr die Erde verfluchen um der Menschen willen; denn das Dichten und Trachten des menschlichen Herzens ist böse von Jugend auf. Ich will hinfort nicht mehr schlagen alles, was da lebt, wie ich getan habe. Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht.“

Diese Zusage wird von Generation zu Generation beglaubigt durch die wunderbare Stabilität der natürlichen Rhythmen. Je genauer man hinsieht, desto größer ist das Staunen: Die Natur ist durch eine Verlässlichkeit geprägt, die in der geschichtlichen Welt unvorstellbar ist. Denn in ihr ist alles tiefgreifenden Veränderungen unterworfen. Keine Menschenmacht ist so stark, dass sie nicht brechen und fallen könnte. Ganz anders der Wechsel von Tag und Nacht, die Abfolge der Jahreszeiten, der Lauf der Himmelskörper, die Wiederkehr von Gedeihen und Verwelken. Seit Menschengedenken vollziehen sie sich mit großer Verlässlichkeit.

Bis sich der Klimawandel bemerkbar machte und die Menschheit zu verstehen begann, was sich hier anbahnt! Das Klima, auf das seit Menschengedenken Verlass war, zeigt in gehäufter Maße extreme Werte. Es scheint aus den Fugen zu geraten. Der natürliche Rhythmus droht seine Stabilität zu verlieren.

Dürfen wir uns gleichwohl mit dem Gedanken beruhigen, dass Gottes Zusage unverbrüchlich gilt? Handelt es sich bei den Prognosen zum Klimawandel lediglich um Angstphantasien? Oder müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, dass Gott uns die bösen Folgen einer anhaltenden Versündigung an seinen guten Schöpfungsgaben spüren lässt?

Was bisher über den Klimawandel erforscht und bekannt ist, nötigt zu drei Feststellungen:

- Wir müssen ernsthaft mit einer Klimakatastrophe rechnen.
- Wir müssen anerkennen, dass sie in erheblichem Umfang durch menschliches Handeln ausgelöst ist.
- Um die globale Erwärmung zu begrenzen, müssen wir zu schnellen und entschlossenen Maßnahmen bereit sein.

Angesichts dieser Perspektiven erscheint uns nicht nur die Sintfluterzählung in einem neuen Licht. Auch die Stimme der Propheten kommt uns nahe. Es ist an der Zeit, dass sie uns aufrüttelt. In der Prophetie des Jesaja heißt es (Jesaja 30,8-13):

„So geh nun hin und schreib es auf, dass es bleibe für immer und ewig. Denn sie sind ein ungehorsames Volk und verlogene Söhne, die nicht hören wollen auf die Weisung des Herrn, sondern sagen zu den Sehern: 'Ihr sollt nicht sehen!' und zu den Schauern: 'Was wahr ist, sollt ihr uns nicht schauen! Redet zu uns, was angenehm ist; schauet, was das Herz begehrt! ... Lasst uns doch in Ruhe mit dem Heiligen Israels!' Darum spricht der Heilige Israels: Weil ihr dies Wort verwerft und verlasst euch auf Frevel und Mutwillen und trotzet darauf, so soll euch diese Sünde sein wie ein Riss, wenn es beginnt zu rieseln an einer hohen Mauer, die plötzlich, unversehens einstürzt.“

Solche prophetischen Worte erledigen sich nicht; in einer neuen Situation entfalten sie neue Kraft und gewinnen eine neue Bedeutung. Sind wir es, die nicht hinzusehen und hinzuhören, obwohl wir wissen können, was es mit dem Klimawandel auf sich hat? Setzen wir unser Vertrauen auf falsche Propheten, die uns beruhigen mit angenehmen Botschaften? Lassen wir den Riss in der Mauer immer größer werden, während wir weiter darüber diskutieren, ob die Lage wirklich ernst ist? Werden wir den ganzen Ernst der selbst verursachten Veränderungen erst dann wahrnehmen, wenn katastrophale Konsequenzen offenkundig eingetreten sind?

Den Anwendungen von Zynismus und Mutlosigkeit können wir nicht das Feld überlassen. Zynisch und mutlos ist beispielsweise die Aussage, es habe ohnehin keinen Sinn mehr, sich zu engagieren.

Dieser Appell soll aufzeigen, was die Verantwortung für die Erde als Lebensraum heute von uns verlangt. Es ist nicht zu spät. Gott gibt uns noch Zeit. Wie könnten wir diese Gnadenfrist versäumen!

II. Was können wir wissen?

Das Internationale Expertengremium zum Klimawandel (IPPC) wertet in regelmäßigen Abständen die neuesten Klimaforschungen aus und fasst sie zu einem Sachstandsbericht zusammen. 2007 wurde der vierte Sachstandsbericht vorgelegt. Zugleich wurden der Öffentlichkeit „Zusammenfassungen für Politiker“ präsentiert. Deren Formulierung wird im Unterschied zu den ausführlichen Berichten vor der Veröffentlichung politisch ausgehandelt. Dabei wurden in diesem Fall einige besonders brisante Aussagen entschärft. Trotzdem sind die in nüchternem Ton geschriebenen „Zusammenfassungen“ inhaltlich dramatisch. Die Kernaussagen lauten:

1. Seriöse Zweifel an der Aussage, dass der gegenwärtige Klimawandel von Menschen mit verursacht wird, sind nicht mehr möglich.

Die Sicherheit und Zuverlässigkeit des vorhandenen Wissens ist in den vergangenen fünfzehn Jahren gewachsen. Das Zusammenspiel von direkten und indirekten Messdaten, Theorien und Modellen ergibt das stimmige Bild einer deutlichen Erderwärmung, die teilweise durch menschliche Aktivitäten verursacht wird. Alternative Ansätze – etwa der Hinweis auf die Sonnenaktivität – können die Erderwärmung nicht befriedigend erklären. Die so genannte Null-Annahme, der zufolge kein menschlicher Einfluss nachweisbar sein soll, kann mittlerweile mit sehr großer Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden.

Der CO₂-Gehalt der Atmosphäre ist gegenwärtig höher als jemals in den letzten 650.000 Jahren der Erdgeschichte. Elf der vergangenen zwölf Jahre zählen zu den zwölf wärmsten Jahren seit Beginn entsprechender Aufzeichnungen im Jahre 1850. Die Erwärmung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist, bezogen auf den Zeitraum der vergangenen 1.300 Jahre, ungewöhnlich.

Viele Klimaforscher stellen angesichts der neuen Daten Vergleiche zwischen der näheren Zukunft und dem Pliozän an, einem erdgeschichtlichen Zeitraum vor 3 Millionen Jahren. Im Pliozän war der Meeresspiegel 15 bis 25 Meter höher als gegenwärtig. Dieser Vergleich verdeutlicht die erdgeschichtliche Dimension des von Menschen mit verursachten Klimawandels.

2. Das Klimasystem ist dynamischer als ursprünglich angenommen.

Die Annahme, dass das globale Klimasystem ein eher träges System ist, wird derzeit kritisch überprüft. Besondere Aufmerksamkeit wird in der neueren Klimaforschung auf Gebiete verwendet, in denen Veränderungen des Klimas weit reichende und teilweise globale Konsequenzen nach sich ziehen werden. Dies sind unter

anderem der Nordostatlantik mit seiner Bedeutung für den Golfstrom, das Amazonasbecken, die Monsungebiete Zentralindiens, Bengalens und Burmas oder die großen Permagebiete (d.h. Dauerfrostgebiete) Sibiriens. Die Erwärmung und Versauerung der Meere sowie das Auftauen von Permafrostmooren bergen zusätzliche Risiken durch die Freisetzung des an Meeresböden und in Mooren gespeicherten Methan. Die Folgen von großräumigen ökologischen Veränderungen in diesen Gebieten sind nicht mehr kalkulierbar.

Die Auswirkung des Klimawandels auf die globale Mitteltemperatur (GMT) wird vom IPCC mit einem Anstieg von 3° Celsius als „bestmögliche Schätzung“ angegeben; die Spannweite der Schätzung beträgt + 2 bis + 4,5° Celsius. Dies ist eine Besorgnis erregende Präzisierung früherer Schätzungen. Denn nimmt man einen Anstieg von 3° Celsius als wahrscheinlichsten Wert an und hält aber weiterhin an dem von vielen Wissenschaftlern und Expertengruppen vertretenen Ziel fest, den Anstieg der GMT gegenüber vorindustriellen Temperaturen auf höchstens 2° Celsius zu begrenzen, so dürfen die Treibhausgas-Konzentrationen in der Atmosphäre nur noch in einem äußerst begrenzten Maß ansteigen. Dies bedeutet aber, dass ein sofortiges und energisches Umsteuern der Energiepolitik auf allen politischen Ebenen notwendig ist, um bis 2020 global eine Trendwende bei den Emissionen, also bei der Abgabe von Stoffen an die Umwelt zu erreichen.

3. Die Gründe für die Besorgnis haben sich gegenüber früheren IPCC-Berichten bestätigt und teilweise verstärkt.

Gemäß dem neuesten Bericht des Internationalen Expertengremiums zum Klimawandel (IPCC) hat der Klimawandel bereits jetzt einen nachweislichen Einfluss auf die natürlichen Gegebenheiten. Siedlungen in Gebirgsgebieten sind vom Abschmelzen des Gletschereises betroffen; Steinschläge, Lawinen, Ausbrechungen von Gletscherseen und das Abrutschen von Hängen werden wahrscheinlicher. Der Anstieg des Meeresspiegels gefährdet viele küstennahe Siedlungen insbesondere in Delta-Gebieten, die kaum durch Deiche zu sichern sind. Dies betrifft besonders die großen Deltas Afrikas und Asiens. Inseln im Pazifik droht die Unbewohnbarkeit. In Ländern, deren Wasserversorgung maßgeblich auf Schmelzwasser aus den Gebirgen beruht, kann es in den nächsten Jahrzehnten zu Überflutungen aufgrund des verstärkten Abschmelzens kommen. Einem solchen „Überangebot“ kann später eine dauerhafte Unterversorgung folgen. In diesen Ländern leben etwa 1 Milliarde Menschen. Veränderungen der Niederschläge können, selbst wenn die Niederschlagsmengen insgesamt gleich bleiben, erhebliche nachteilige Auswirkungen haben, wenn zu lange Trockenperioden und heftige Regenfälle abwechseln.

Längere und intensivere Dürren wurden seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts vornehmlich in den Tropen und Subtropen beobachtet. Dies verstärkt die Befürchtung, dass es zu einem Rückgang der Nahrungsmittelsicherheit in den entsprechenden Regionen kommen kann. In der Sahel-Zone verkürzt sich die Vegetationsperiode. In tropischen und subtropischen Regionen geht die Nahrungssicherheit besonders für die ärmsten und verwundbarsten Teile der Bevölkerung zurück. Bereits mäßige Temperaturerhöhungen führen hier zu einem verstärkten Risiko von Hungersnöten. Für einige Regionen Afrikas könnten die Ernteerträge im Regenfeldbau bis zum Jahre 2020 um bis zu 50 % zurückgehen. Die Gesundheitsrisiken steigen für ärmere Bevölkerungsschichten durch Mangelernährung, fehlenden Zugang zu sauberem Trinkwasser, Hitzewellen, Ausbreitung von Malaria und ähnliches ebenfalls überproportional an.

Dramatisch sind auch die Auswirkungen des Klimawandels auf die belebte Mitwelt und die Mitgeschöpfe. Die Anpassungsfähigkeit und die Widerstandsfähigkeit vieler ökologischer Gefüge werden überfordert, weil in historisch beispielloser Weise der Klimawandel und die mit ihm verbundenen Konsequenzen (beispielsweise Waldbrände) mit intensivierter Landnutzung, Abholzung, Verschmutzung und Eintrag von Umweltgiften zusammentreffen.

Es gilt als sicher, dass die großen Artensterben der Erdgeschichte mit klimatischen Veränderungen einhergingen. Ähnliche Befürchtungen verbinden sich mit einer bevorstehenden Erhöhung der globalen Mitteltemperatur (GMT). Eine GMT-Erhöhung bereits von 1,5 bis 2,5° Celsius könnte die Strukturen und die Funktionen ökologischer Systeme tiefgreifend verändern. Ein derartiger Temperaturanstieg erhöht das Aussterberisiko für 20 bis 30 % aller bekannten Arten. Ein Anstieg von 3 bis 4° Celsius führt weltweit zum Aussterben von Arten, aber auch zur Vernichtung ganzer Ökosysteme. Die CO₂-Aufnahmefähigkeit der Ökosysteme der Erde (Wälder, Böden usw.) dürfte allmählich schwächer werden und könnte sich bei einer starken Temperaturerhöhung sogar umkehren. Die Rodungen der tropischen Regenwälder und die durch ihre Nutzung verursachte Veränderung (Degradierung) der tropischen Moore sind eine wichtige Ursache für Treibhausgas-Emissionen. Die Ozeane haben sich bis in eine Tiefe von 3000 m erwärmt. Die Versauerung der Ozeane in Verbindung mit dem Anstieg der Wassertemperatur hat massive negative Auswirkungen auf maritime Ökosysteme (etwa auf Korallenriffe).

4. Es besteht jedoch (noch) kein Grund zu Resignation oder Fatalismus.

Eine „weiche Landung“, das heißt die Bewältigung eines moderaten Klimawandels durch intelligente Anpassungsstrategien, ist möglich. Sie liegt immer noch in der Reichweite verantwortlichen klimapolitischen Handelns. Allerdings ist eine Begren-

zung des GMT-Anstiegs auf 2° Celsius eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg von Anpassungsmaßnahmen, die zudem weltweit bereits jetzt beginnen müssen. Bei einem ungebremsten Anstieg der GMT wird die erfolgreiche Bewältigung des Klimawandels zunehmend unwahrscheinlicher, da die Anpassungskapazitäten ökologischer und sozialer Systeme dann überfordert werden. Deshalb muss die notwendige Trendwende jetzt eingeleitet werden.

Die vergangenen zwei Jahrzehnte waren in dieser Hinsicht durch schwere Versäumnisse und gravierende Verzögerungen geprägt. Aber eine Reihe von Veränderungen hat sich angebahnt:

- Das Problembewusstsein ist insgesamt angewachsen;
- die technologischen Optionen im Bereich der regenerativen Energien haben sich deutlich verbessert;
- politische Instrumente (wie der Emissionshandel) werden derzeit erprobt oder bereits eingesetzt.

An diese Veränderungen anknüpfend ist bei einem entsprechenden politischen Willen der Staaten- und Völkergemeinschaft eine Begrenzung des Klimawandels auf ein gerade noch erträgliches Maß möglich. Die allgemeinen Bedingungen für ein Umsteuern haben sich verbessert. Ja, die Menschheit befindet sich derzeit in dem entscheidenden Zeitabschnitt, in dem die schlimmsten Auswirkungen eines ungebremsten Klimawandels noch verhindert werden können. Deswegen kommt es gerade jetzt auf politischen Gestaltungswillen an. Es ist möglich, die Trendwende in der Emissionsentwicklung jetzt einzuleiten. Der verbreiteten These, eine durchgreifende Trendwende sei bis 2020 nicht zu verwirklichen, muss die Entschlossenheit entgegengesetzt werden, diese Trendwende so schnell wie möglich – und das heißt vor 2020 – in Gang zu bringen.

III. In welche Richtung weist das ethische Urteil?

In der anwendungsbezogenen Ethik gelten Positionen dann als besonders gut begründet, wenn die wichtigsten Theorien der Ethik bei einem bestimmten Problem zu gleichen oder ähnlichen Ergebnissen führen. Man spricht dann von einer „ethischen Konvergenz“, also einem Zusammenkommen verschiedener ethischer Argumentationen. Beim Klimawandel ist dies der Fall. Unterschiedliche Theorien der Ethik treffen sich inhaltlich in der Forderung, aus Gründen der Verantwortung für künftige Generationen die Erhöhung der GMT so weit wie irgend möglich zu begrenzen – und das heißt: jedenfalls nicht über 2 Grad Celsius ansteigen zu lassen. Sie stimmen deshalb in der Forderung nach einer möglichst weit gehenden Reduktion von Treibhausgas-Emissionen überein.

Weithin übereinstimmend wird auch ein Gerechtigkeitsargument vorgebracht, das besagt: Es ist kein moralischer Grund dafür anzugeben, warum irgendein Erdenbürger ein größeres Recht auf die Nutzung der Atmosphäre als eines globalen Gemeinschaftsguts beanspruchen könnte als irgendein anderer. Genau das aber ist der Fall. Dabei verbindet sich eine ungleiche Nutzung der Atmosphäre zu Gunsten der wohlhabenden Länder mit einer ungleichen Verteilung der daraus folgenden Gefährdungen zu Lasten der armen Länder und in ihnen insbesondere zu Lasten der ärmsten Bevölkerungsteile. Die wohlhabenden Länder haben das bisherige Ausmaß des Klimawandel durch die CO₂-Emissionen der Vergangenheit maßgeblich verursacht; dabei liegen die pro-Kopf-Emissionen der wohlhabenden Länder weit oberhalb der pro-Kopf-Emissionen der Entwicklungs- und Schwellenländer; der Klimawandel setzt aber gerade die ärmsten und verwundbarsten Bevölkerungsschichten in den armen Ländern großen Gefahren aus. Das ist nicht zu rechtfertigen.

Daher findet das Konzept von „contraction and convergence“ (C&C), also von „Reduktion und Annäherung“, innerhalb der ethischen Positionen zum Klimawandel sehr breiten Zuspruch. „Contraction“ fordert die Einhaltung des Ziels einer Erhöhung von maximal 2° Celsius durch eine schnelle und ausreichende Reduktion der Emissionen; „convergence“ fordert die schrittweise Annäherung der Höhe der Emissionen pro Kopf für reiche und arme Länder, das heißt eine gerechtere Verteilung der Emissionen pro Kopf der Weltbevölkerung.

Auf der Grundlage des C&C-Konzepts lässt sich relativ leicht berechnen, welchen Anteil die Emissionen eines jeden Landes an den allenfalls vertretbaren globalen Emissionen haben dürfen. Ein darauf aufbauendes System des globalen Emissionshandels wäre das geeignete Instrument, um das C&C-Konzept umzusetzen. Allerdings stehen der politischen Umsetzung eines solchen Systems derzeit scharfe und

unversöhnliche Interessengegensätze entgegen. Deshalb ist ein globales System dieser Art nicht kurzfristig erreichbar; aber als Leitbild hat es eine wichtige Funktion. An ihm orientiert sollte sich die Klimapolitik kurzfristig um eine entschiedene Reduzierung der globalen Treibhausgas-Emissionen bemühen.

IV. Was lehrt uns der Schöpfungsglaube?

Die voraussehbaren drastischen Folgen des von Menschen mit verursachten Klimawandels müssen eingeschränkt werden. Nur so lassen sich die erheblichen Gefahren für die Erde insgesamt (noch) abwehren. Diese Aufgabe geht über den gewohnten räumlichen und zeitlichen Horizont persönlicher wie politischer Lebensgestaltung hinaus. Denn persönliches Handeln richtet sich zumeist auf die eigene Zukunft; politisches Handeln bemisst sich in der Regel an der Reichweite der eigenen Verantwortlichkeit. Der Klimawandel aber macht bewusst, dass wir mittelbar an der Gestaltung von Lebensbedingungen beteiligt sind, die über die eigene Lebenszeit oder den Horizont der eigenen Verantwortlichkeit hinausweisen.

Wir leben in einer natürlichen Umwelt, die wir als Einzelne nicht unmittelbar bestimmen können, deren Existenz und Fortbestand wir alle aber mittelbar prägen. Ob und inwieweit die sich abzeichnenden katastrophalen Entwicklungen bis zum Ende des 21. Jahrhunderts abgewendet oder wenigstens auf ein erträgliches Maß reduziert werden können, hängt davon ab, ob wir diesen Horizont unserer Verantwortung wahrzunehmen bereit sind.

Nötig ist dafür ein einschneidender Mentalitäts- und Bewusstseinswandel in der Gesellschaft insgesamt und insbesondere bei den Verantwortungsträgern in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Eine Wende hin zu einer wirklich dauerhaft naturverträglichen Wirtschafts- und Lebensweise verlangt eine Umkehr, die in der Sprache der Bibel *metanoia*, also „Umdenken“ heißt. Ein solches Umdenken kann eine heilsame und befreiende Wirkung entfalten, erfordert aber auch, sich die dunklen Seiten in der bisherigen Grundhaltung unserer Kultur gegenüber der kreatürlichen Mitwelt und gegenüber anderen kulturellen Formen des Umgangs mit ihr bewusst zu machen.

Die neuzeitliche Bemächtigung der Natur ist von einem Denken bestimmt, das die Interessen des Menschen ins Zentrum stellt und die ganze Welt auf sie bezieht. Dieses Denken war in den heilsgeschichtlichen Konzeptionen der westlichen Kirchen und Theologien seit dem Mittelalter angelegt und wurde seit der Aufklärung unter den Prämissen eines methodischen Atheismus der Wissenschaft radikal vorangetrieben. Auf diesem Hintergrund haben sich die technisch-industrielle Revolution, die weltweite Ausbeutung von Rohstoffen und die politisch-ökonomische Kolonisierung der Erde entwickelt.

Diese Konzentration auf die Interessen des Menschen hat sich mit einer Auslegung des ersten Schöpfungsberichts (1. Mose 1,1-2,4) verbunden, die bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts in Theologie und Kirche weithin vertreten wurde. Sie leitete zum

einen aus der Gottebenbildlichkeit des Menschen (1. Mose 1,26f) seine Vorrangstellung vor der Natur und der Tierwelt ab. Zum anderen sah sie in dem Auftrag an den Menschen, über die Erde zu herrschen (1. Mose 1,28), eine göttliche Rechtfertigung dafür, sich die Erde mit all ihren natürlichen Ressourcen zur Mehrung der eigenen Lebenschancen untertan zu machen. Damit wurden der technische Fortschritt und ein mit ihm verbundener ungehemmter Ressourcen-Verbrauch theologisch legitimiert.

Nun sind der Klimawandel, aber auch die Endlichkeit von Energierohstoffen und die langfristigen Risiken der Energiegewinnung aus Atomkraft Warnzeichen genug, ein globales Umdenken in Politik und Wirtschaft anzustoßen. Eine schöpferische beziehungsweise mitwelt-gerechte Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, die die Grundlage eines solchen Umdenkens bildet, ist bereits in den alttestamentlichen Schöpfungstexten selbst angelegt, wie eine neue Beschäftigung mit diesen Texten zeigt. Dieses neue Verständnis der biblischen Schöpfungsberichte bietet eine theologische Orientierungshilfe für die Entscheidungen, die angesichts des Klimawandels anstehen. Folgende Gesichtspunkte seien genannt:

- Die Aussagen zur Gottebenbildlichkeit des Menschen (1. Mose 1,26f) verstehen den Menschen als irdisches Organ des Wirkens Gottes in der Schöpfung. Der Mensch wird als Stellvertreter und dialogfähiger Repräsentant der kontinuierlichen und fürsorgenden Herrschaft Gottes gesehen. Der Auftrag des Schöpfers weist dem Menschen die Mitverantwortung für eine gedeihliche Nutzung und lebensfördernde Bewirtschaftung der von Gott geschaffenen Lebensräume zu. Vor Gott hat er die Wahrnehmung dieses Auftrags zu verantworten.
- Die Schöpfungserzählung von 1. Mose 1 ist auf Gott ausgerichtet; sie vergegenwärtigt das universale Wirken Gottes in der Schöpfung und ihrer Geschichte. Dieses Wirken endet mit der Schaffung des Sabbats, des Ruhetags (vgl. 1. Mose 2,1-4). In diesem Rahmen erkennt sich der Mensch in zweifacher Hinsicht als Geschöpf Gottes. Einerseits wird er als Mann und als Frau zusammen mit dem Vieh und den großen Landtieren erschaffen und teilt mit ihnen den Lebensraum der Erde (1. Mose 1,24-30). Andererseits ist er das einzige Geschöpf, das mit Gott kommunizieren und von ihm angesprochen werden kann (vgl. V. 29f). Das begründet seine Sonderstellung in der Schöpfung und befähigt ihn dazu, seine Mitverantwortung für gedeihliche Lebensverhältnisse sowie sein Mandat zur fürsorgenden Herrschaft über die Erde in Verantwortung vor Gott wahrzunehmen.
- Dementsprechend ist der biblischen Schöpfungserzählung nicht eine Ermächtigung zur schrankenlosen Ausbeutung der Natur zu entnehmen, sondern eine Segensverheißung, der die Menschen gerecht werden sollen und können. Frei-

lich wird dieses Mandat zur fürsorgenden Herrschaft unter Bedingungen im Verhältnis zwischen Mensch und Natur formuliert, die sich von den heutigen Verhältnissen grundlegend unterscheiden. Das Herrschaftsmandat an den Menschen steht in diesem Zusammenhang ganz im Dienst der Segensmehrung und des lebensdienlichen Wohlergehens im Gegenüber zu einer übermächtigen Natur und einer bedrohlichen Tierwelt. Die dem Menschen heute offen stehenden Möglichkeiten dazu, auf die Natur einzuwirken, reichen dagegen über die zu biblischer Zeit gegebenen Möglichkeiten weit hinaus. Doch die damit gegebene Erweiterung menschlicher Gestaltungsmöglichkeiten verbindet sich mit neuen Gefahren. Heute regen sich mit dem von Menschen mit verursachten Klimawandel die Chaosmächte wieder, die nach dem biblischen Schöpfungsbericht am zweiten und dritten Schöpfungstag gebannt und reguliert werden (vgl. 1. Mose 1,6-13). Dass solche Chaosmächte auch in der Schöpfung auftreten können, veranschaulicht die biblische Sintflutgeschichte (1. Mose 6-8). Sie führt vor Augen, was geschehen kann, wenn die Menschen ihrem regulativen Herrschaftsmandat durch Fehlorientierung (1. Mose 6,5) und das gewaltsame Austragen von Konflikten (1. Mose 6,11-13) nicht gerecht werden. Heute bedenken wir diese Erzählung angesichts der erdgeschichtlichen Dimension des Klimawandels, der noch in diesem Jahrhundert das Gesicht der Erde verändern, ja sogar entstellen könnte.

In den Schöpfungstexten der Bibel kommt demgegenüber ein demütiges Selbstverständnis des Menschen im Gegenüber zur Unverfügbarkeit Gottes und seiner Schöpfung zum Ausdruck. Es führt insbesondere in den Psalmen in die Anbetung des Schöpfers (Psalm 104) und in die Anleitung zu einer schöpfungsgemäßen Lebensorientierung (Psalm 8). Auch heute kann ein solches im Bekenntnis zu Gott als dem Schöpfer verankertes Selbstverständnis des Menschen in Gebet und Gottesdienst erneuert und in Predigt und Unterricht vermittelt werden. Die dadurch bestimmte Haltung ist geprägt durch

- eine Lebenseinstellung der Bewunderung und Ehrfurcht gegenüber dem „Weltenbau“, „je öfter und anhaltender sich das Nachdenken damit beschäftigt“ (I. Kant),
- eine Lebenseinstellung der Dankbarkeit, der Behutsamkeit und der Demut, als Ebenbild Gottes in der guten Schöpfung Verantwortung zu tragen und aufgehoben zu sein, und
- eine Lebenseinstellung der Freude am Leben und seines bewussten Genießens.

Eine solche Lebensorientierung in der Verantwortung vor Gott bietet eine tragfähige Grundlage für die Entscheidungen, die angesichts des Klimawandels mit wachsender Dringlichkeit geboten sind. Sie steht inhaltlich nicht im Gegensatz zu den Einsichten der ethischen Urteilsbildung, sondern vertieft sie und verleiht ihrer gesellschaftlichen und politischen Verwirklichung die nötige Motivationskraft. Diese Kraft erwächst aus dem Vertrauen zu Gott, dem Schöpfer des Himmels und der Erde, und aus dem gelebten Bekenntnis zu ihm.

V. Was können wir tun?

Unsere derzeitige Situation trägt widersinnige Züge. Einerseits bestimmt der Klimawandel die Schlagzeilen. Andererseits werden wirksame klimapolitische Maßnahmen tot geredet und von interessierter Seite torpediert. Betroffen waren davon in jüngster Zeit beispielsweise der Vorschlag einer Kerosinsteuer, die Förderung der Kraft-Wärme-Koppelung, das Tempolimit auf Autobahnen, die Ausgestaltung des Emissionshandels, ja sogar die Zielsetzung einer Begrenzung des globalen Klimaanstiegs auf 20 Celsius selbst. Klimapolitischen Entscheidungen steht eine Vielzahl von unterschiedlichen und widerstreitenden Einzelinteressen entgegen. Solche Entscheidungen werden durch massiven politischen Druck verhindert. Dennoch wird der Gesellschaft allmählich bewusst, dass nicht nur „etwas“, sondern mehr als bisher getan werden muss.

Die notwendigen Veränderungen werden jedoch nicht rasch genug und vor allem nicht entschieden genug begonnen. Natürlich können konkrete Maßnahmen in der Klimapolitik ökonomische Nachteile für Einzelne und bestimmte Gruppen mit sich bringen, gegen die sich die jeweils Betroffenen wehren. Unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit muss in solchen Fällen ein fairer Ausgleich gesucht werden. Doch in der Verweigerung gegenüber den notwendigen Entscheidungen geht es um das, was in der Sprache des christlichen Glaubens als Sünde bezeichnet wird.

Denn zu deren Kennzeichen gehört, dass Menschen ihre spezifische Verantwortlichkeit bestreiten oder sie auf andere abwälzen – „Nicht ich bin schuld, sondern das Weib, die Schlange, Gott selbst“ (vgl. 1. Mose 3,9–19) – und Benachteiligungen und Kränkungen wie der Brudermörder Kain mit aggressiver Gewalt und Vergeltung kompensieren (vgl. 1. Mose 4,1–16).

Auf diesem Hintergrund enthüllt sich die Versuchung, vor der wir heute stehen. Zwar haben die Positionen an Überzeugungskraft verloren, die die Bedeutung des Klimawandels bestreiten. Doch wird nun die Verantwortung auf andere Menschen oder Nationen verlagert; oder auf die Größe der Aufgabenstellung wird mit resignativem Fatalismus geantwortet. Sowohl in der Gesellschaft als auch in den Beziehungen zwischen den Völkern brechen alte Rivalitäten neu auf; unerbittlich werden Herrschaftsansprüche auf Kosten einer verantwortlichen Klimapolitik geltend gemacht.

Dabei kann es nicht bleiben. Deshalb fordern Christinnen und Christen ein unterschiedenes Umdenken und Umlenken in der Klimapolitik. Zugleich wissen sie sich dazu aufgerufen, in ihren eigenen Verantwortungsbereichen – in Unternehmen, Medien und gesellschaftlichen Verbänden, in Wissenschaft, Verwaltung und Politik

– die Aufgabe des Klimaschutzes ernst zu nehmen. Aufgerufen sind sie auch dazu, in ihrem persönlichen Bereich eigene Initiativen zu ergreifen – so klein und unbedeutend diese auf den ersten Blick auch erscheinen mögen.

Jeder einzelne Beitrag zum Klimaschutz ist sinnvoll, denn die Wirkungen verstärken sich. Noch kommen diese Beiträge nicht zu spät, auch wenn andere (noch) nicht mitziehen. Je mehr Menschen sich aktiv für den Klimaschutz einsetzen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich dies auch in politisches Handeln überträgt.

Auch die Kirche selbst kann und muss aktiv werden. Dabei sind für Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen viele praktische Beiträge zum Klimaschutz möglich. Solche Schritte sind nicht nur eine Perspektive für die Zukunft, sie sind in zahlreichen Kirchengemeinden sowie kirchlichen und diakonischen Einrichtungen bereits bewährte Praxis.

Einige Beispiele für eigene Beiträge zum Klimaschutz seien genannt:

- Es gibt viele Möglichkeiten, Energie zu sparen. In privaten Haushalten, Kirchengemeinden und kirchlichen wie diakonischen Einrichtungen können Energiekosten in hohem Umfang gesenkt werden. Energiesparen ist häufig billig und bedarf oft weder teurer Investitionen noch verlangt es große Opfer. Kirchengemeinden und kirchliche wie diakonische Einrichtungen sollten sich in diesem Bereich informieren und engagieren. Deshalb gilt ihnen die Aufforderung: Führen Sie – mit fachkundiger Hilfe, etwa über die Vermittlung kirchlicher Umweltbeauftragter – ein Energie- und Umweltmanagement in Ihrer Gemeinde oder ihrer Einrichtung ein; verbessern Sie in einem ersten Schritt die Energie-Effizienz in Ihren Gebäuden.
- Die Ansätze zum Energie- und Umweltmanagement, die es in vielen Gemeinden und Landeskirchen bereits gibt, können anhand des Programms „Grüner Gockel/ Grüner Hahn“ als gemeinsames Konzept zur Reduzierung von Treibhausgasen in den Landeskirchen und damit auch in der EKD insgesamt zusammengeführt werden. Auf dieser Grundlage lassen sich verbindliche Kriterien entwickeln, unter denen im kirchlichen Bereich klimarelevante Entscheidungen getroffen werden. Kirche und Diakonie werden in den nächsten Jahren Finanzmittel bereit stellen müssen, damit sie ihre Ziele zur Reduktion ihrer eigenen CO₂-Emissionen erreichen können.

- Die Kirchen sind in der Lage, mit kleinen Anlagen, die erneuerbare Energiequellen nutzen, zu Energieerzeugern zu werden. Das hat beispielsweise das von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderte Programm „Solarenergie auf Kirchendächern“ gezeigt, an dem sich über 900 Kirchengemeinden in Deutschland beteiligt haben. Ein Engagement auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien führt dazu, den Wert der Energie zu schätzen und vernünftig damit umzugehen. Nachhaltig erzeugte Energie dient dem Nutzen aller.

Der englische Historiker Arnold Toynbee betrachtete die Geschichte der Menschheit unter dem Begriffspaar „challenge and response“, „Herausforderung und Antwort“. Geben wir die Antwort auf eine der großen Herausforderungen unserer Zeit! Angesichts des Klimawandels in Untätigkeit zu verharren, die sich kosmetisch mit symbolischer Politik schminkt, ist unverantwortlich. Solche Untätigkeit würde die Menschheit je länger desto mehr in rivalisierende Selbsterhaltungssysteme spalten. Aber die Menschheit muss die Herausforderung des Klimawandels gemeinsam annehmen. Eine globale Gemeinschaft zur Lösung der Klimaprobleme wird auch kulturell, moralisch und spirituell stärker zusammenwachsen.

Klimaschutz ist heute eine der praktischen Aufgaben, die aus der Verantwortung für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung erwachsen. Der Schlüssel für eine Begrenzung des Klimawandels liegt auf der Ebene der internationalen Klimapolitik; auf ihr müssen die Vorgaben des Kyoto-Protokolls zu wesentlich anspruchsvolleren Zielen weiter entwickelt werden. Denn die bislang bis 2012 festgelegten Ziele des Kyoto-Protokolls werden den langfristigen Anforderungen des Klimaschutzes nicht gerecht, zumal wichtige Länder – allen voran die USA – sich bis heute noch nicht einmal auf diese Ziele verpflichtet haben.

Gerade deshalb gilt: Ein neuer Ansatz zu weiter reichenden Zielsetzungen der internationalen Klimapolitik kann nicht mehr allein von Verhandlungsdelegationen oder Umweltministern erwartet werden. Die Staats- und Regierungschefs der entscheidenden Nationen haben jetzt die Aufgabe, neue Schritte im Klimaschutz zu ermöglichen. Sie können diese Pflicht nicht auf andere delegieren; und sie dürfen die Erfüllung dieser Pflicht nicht vertagen. Die Ziele, auf die sie sich verpflichten müssen, werden besondere Anforderungen für die Entwicklung und Nutzung nachhaltiger Technologien in den reichen Ländern zur Folge haben.

Die Staats- und Regierungschefs werden ihre Pflicht zu mutigen Schritten in der Klimapolitik umso eher annehmen können, als sie wissen: Vielen Menschen in ihren Ländern ist die Bedeutung des Klimaschutzes bewusst; in wachsendem Maß sind sie bereit, sich in ihrem eigenen Handeln dafür zu engagieren.

Doch diese Bewegung muss noch weiter an Dynamik gewinnen. Dafür wollen wir uns mit aller Kraft einsetzen. Uns bewegt die prophetische Stimme, nicht durch unsere Sünde den „Riss in der Mauer“ so groß werden zu lassen, dass sie einstürzt. Und wir erinnern uns an die Mahnung des Apostels Paulus (Galater 6,7): „Irret euch nicht! Gott lässt sich nicht spotten. Denn was der Mensch sät, das wird er ernten.“

In der Reihe »EKD-TEXTE« sind bisher erschienen:

- Nr. 12 **Ehe und nichteheliche Lebensgemeinschaften**
Positionen und Überlegungen aus der EKD
- Nr. 13 **Schlußbericht der Gemeinsamen Ökumenischen Kommission zur Überprüfung der Verwerfungen des 16. Jahrhunderts**
- Nr. 18 **Die Zukunftsmöglichkeiten der jungen Generation**
Überlegungen zur Jugendarbeitslosigkeit
- Nr. 19 **Gezielte Hilfen für Langzeitarbeitslose**
Probleme der Langzeitarbeitslosen, arbeitsmarktpolitische Überlegungen
- Nr. 20 **Zur Achtung vor dem Leben**
Maßstäbe für Gentechnik und Fortpflanzungsmedizin
- Nr. 21 **Vergessene Opfer**
Kirchliche Stimmen zu den unerledigten Fragen der Wiedergutmachung an Opfern nationalsozialistischer Verfolgung
- Nr. 22 **Unsere Verantwortung für den Sonntag**
Gemeinsame Erklärung des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz
- Nr. 23 **Bewältigung der Schuldenkrise – Prüfstein der Nord-Süd-Beziehungen**
Eine Stellungnahme der Kammer der EKD für Kirchlichen Entwicklungsdienst
- Nr. 24 **AIDS – Orientierungen und Wege in der Gefahr**
Eine kirchliche Stellungnahme
- Nr. 26 **In besonderer Gemeinschaft**
Gemeinsame Worte des BEKDDR und der EKD
- Nr. 27 **Frieden in Gerechtigkeit für die ganze Schöpfung**
Texte aus Stuttgart und Basel
- Nr. 28 **Studium der Evangelischen Theologie**
Übersicht über Studienmöglichkeiten im Bereich der EKD
- Nr. 29 **Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung?**
Anmerkungen zur Situation des Christen im Atomzeitalter
- Nr. 31 **Energieeinsparung –
Umriss einer umweltgerechten Politik im Angesicht der Klimagefährdung**
Ein Diskussionsbeitrag des Wissenschaftlichen Beirats
- Nr. 32 **Sport und christliches Ethos**
- Nr. 33 **Die Kirche im konziliaren Prozeß gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und
Bewahrung der Schöpfung. Rückblick und Ausblick**
- Nr. 34 **Bildungs- und Schulpolitik aus christlicher Sicht**
Eine Zwischenbilanz der Kammer der EKD für Bildung und Erziehung
- Nr. 35 **Beratung im Schwangerschaftskonflikt**
Stellungnahme der Kammer der EKD für Ehe und Familie
- Nr. 36 **Auf dem Weg zum neuen Evangelischen Gesangbuch**
- Nr. 38 **Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung**
Dresden, Magdeburg, Dresden
- Nr. 39 **Als Christen anderen begegnen**
Studie der Theologischen Kommission des Bundes der Evangelischen Kirchen
- Nr. 40 **Wanderungsbewegungen in Europa**
Diskussionsbeitrag der Kommission der EKD für Ausländerfragen und ethnische Minderheiten
- Nr. 41 **Zur Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf**
Ein Diskussionsbeitrag des Wissenschaftlichen Beirats
- Nr. 42 **Sinti und Roma**
Eine Studie der Evangelischen Kirche in Deutschland
- Nr. 43 **Zur evangelischen Jugendarbeit**
- Nr. 44 **Frauenordination und Bischofsamt**
Eine Stellungnahme der Kammer für Theologie
- Nr. 45 **Kirchengesetz über Mitarbeitervertretungen in der EKD**
- Nr. 46 **Menschenrechte im Nord-Süd-Verhältnis**
Erklärung der Kammer der EKD für Kirchlichen Entwicklungsdienst
- Nr. 47 **Die Meissener Erklärung**
- Nr. 48 **Schritte auf dem Weg des Friedens**
Orientierungspunkte für Friedensethik und Friedenspolitik
- Nr. 49 **Wie viele Menschen trägt die Erde?**
Ethische Überlegungen zum Wachstum der Weltbevölkerung
- Nr. 50 **Ehe und Familie 1994**
Ein Wort des Rates der EKD aus Anlass des Internationalen Jahres der Familie 1994
- Nr. 51 **Asylsuchende und Flüchtlinge**
Zur Praxis des Asylverfahrens und des Schutzes vor Abschiebung
- Nr. 52 **»Gefährdetes Klima – Unsere Verantwortung für Gottes Schöpfung«**
- Nr. 53 **Vom Gebrauch der Bekenntnisse**
Zur Frage der Auslegung von Bekenntnissen der Kirche
- Nr. 54 **Gemeinsame Initiative – Arbeit für alle!**
Eine Studie der Kammer der EKD für soziale Ordnung
- Nr. 55 **Asylsuchende und Flüchtlinge**
Zweiter Bericht zur Praxis des Asylverfahrens und des Schutzes vor Abschiebung

In der Reihe »EKD-TEXTE« sind bisher erschienen: (Fortsetzung)

- Nr. 56 **Zur Situation und Befindlichkeit von Frauen in den östlichen Landeskirchen**
Bericht des Frauenreferates der EKD 1995
- Nr. 57 **Mit Spannungen leben**
Eine Orientierungshilfe des Rates der EKD zum Thema „Homosexualität und Kirche“
- Nr. 58 **Der evangelische Diakonatsamt als geordnetes Amt der Kirche**
Ein Beitrag der Kammer für Theologie der Evangelischen Kirche in Deutschland
- Nr. 59 **Zur ökumenischen Zusammenarbeit mit Gemeinden fremder Sprache oder Herkunft**
- Nr. 60 **Versöhnung zwischen Tschechen und Deutschen**
- Nr. 61 **Gewissensentscheidung und Rechtsordnung**
Eine Thesenreihe der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD
- Nr. 62 **Die evangelischen Kommunitäten**
Bericht des Beauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland für den Kontakt zu den evangelischen Kommunitäten
- Nr. 63 **Christentum und politische Kultur**
Über das Verhältnis des demokratischen Rechtsstaates zum Christentum
- Nr. 64 **Gestaltung und Kritik**
Zum Verhältnis von Protestantismus und Kultur im neuen Jahrhundert
- Nr. 65 **Genitalverstümmelung von Mädchen und Frauen**
Eine kirchliche Stellungnahme.
- Nr. 66 **Taufe und Kirchenaustritt**
Theologische Erwägungen der Kammer für Theologie zum Dienst der evangelischen Kirche an den aus ihr Ausgetretenen
- Nr. 67 **Ernährungssicherung und Nachhaltige Entwicklung**
Eine Studie der Kammer der EKD für Entwicklung und Umwelt
- Nr. 68 **Das Evangelium unter die Leute bringen**
Zum missionarischen Dienst der Kirche in unserem Land
- Nr. 69 **Kirchengemeinschaft nach evangelischem Verständnis**
Ein Votum zum geordneten Miteinander bekenntnisverschiedener Kirchen
- Nr. 70 **Thomas Mann und seine Kirche**
Zwei Vorträge von Ada Kadelbach und Christoph Schwöbel
- Nr. 71 **Im Geist der Liebe mit dem Leben umgehen**
Argumentationshilfe für aktuelle medizin- und bioethische Fragen
- Nr. 72 **Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens**
Gewaltsame Konflikte und zivile Intervention an Beispielen aus Afrika
- Nr. 73 **Was Familien brauchen.** Eine familienpolitische Stellungnahme des Rates der EKD
- Nr. 74 **Solidarität und Wettbewerb**
Für mehr Verantwortung, Selbstbestimmung und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen
- Nr. 75 **Soziale Dienste als Chance**
Dienste am Menschen aufbauen · Menschen aktivieren · Menschen Arbeit geben
- Nr. 76 **Zusammenleben gestalten**
Ein Beitrag des Rates der EKD zu Fragen der Integration und des Zusammenlebens mit Menschen anderer Herkunft, Sprache oder Religion
- Nr. 77 **Christlicher Glaube und nichtchristliche Religionen**
Ein Beitrag der Kammer für Theologie der Evangelischen Kirche in Deutschland
- Nr. 78 **Bedrohung der Religionsfreiheit**
Erfahrungen von Christen in verschiedenen Ländern
- Nr. 79 **Die Manieren und der Protestantismus**
Annäherungen an ein weithin vergessenes Thema
- Nr. 80 **Sterben hat seine Zeit**
Überlegungen zum Umgang mit Patientenverfügungen aus evangelischer Sicht
- Nr. 81 **Schritte zu einer nachhaltigen Entwicklung**
Eine Stellungnahme der Kammer für nachhaltige Entwicklung der EKD
- Nr. 82 **Fern der Heimat: Kirche**
Urlaubs-Seelsorge im Wandel
- Nr. 83 **Dietrich Bonhoeffer**
Texte und Predigten anlässlich des 100. Geburtstages von Dietrich Bonhoeffer
- Nr. 84 **Freiheit und Dienst**
Argumentationshilfe zur allgemeinen Dienstpflcht und Stärkung von Freiwilligendiensten
- Nr. 85 **Menschen ohne Aufenthaltspapiere**
Orientierungshilfe zur Hilfe, Leitsätze, Schicksale, Recht u. Gemeinde
- Nr. 86 **Klarheit und gute Nachbarschaft**
Christen und Muslime in Deutschland
- Nr. 87 **Wandeln und gestalten**
Missionarische Chancen und Aufgaben der evangelischen Kirche in ländlichen Räumen
- Nr. 88 **Verbindlich leben**
Kommunitäten und geistliche Gemeinschaften in der Evangelischen Kirche in Deutschland
(Nr. 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 11, 14, 15, 16, 17, 25, 30, 37 sind vergriffen; EKD-Text Nr. 11 ist jedoch in Nr. 20 als Anhang abgedruckt)

Herausgegeben vom Kirchenamt der EKD
Herrenhäuser Straße 12 · 30419 Hannover
Telefon: 05 11/27 96 0 · Fax: 05 11/27 96 707
E-Mail: versand@ekd.de · Internet: www.ekd.de